NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

März 2006 www.oekumenisches-netz.de

Liebe Leserinnen und Leser,

der inhaltliche Schwerpunkt dieses Netz-Telegramms ist das Thema „Arbeit". Mit den Gedanken und Thesen der abgedruckten Artikel soll ein Beitrag zur Weiterentwicklung des Papiers „Das Ganze verändern" geleistet werden. Dort benannten wir als einen Schritt in eine menschenwürdige Welt die Trennung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung. Die Plausibilität dieser Forderung, ihre analytischen Hintergründe sowie ihr politischen Realisierungsmöglichkeiten diskutieren die folgenden Beiträge. Dabei treten inhaltliche Überlappungen auf, die aber gewollt sind: Sie machen deutlich, dass wir von verschiedenen Ansatzpunkten her zu den gleichen Schlussfolgerungen kommen können.

Eine gute Lektüre wünscht,

Sabine Ferenschild

Inhalt

Von der Lohnarbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft 1

G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm 2

Emanzipation durch Arbeit oder Befreiung von Arbeit? 3

Die Tätigkeitsgesellschaft als mögliche Alternative 5

„Die meisten privaten Firmen in China beuten ArbeiterInnen aus!" 5

Die neun Leben einer chinesischen Wanderarbeiterin 6

Grundeinkommen: Ein gutes Leben für alle und Befreiung von der Arbeit 7

Kann uns der Staat vor der Arbeit retten? 8

Wir brauchen Verkürzung statt Verlängerung der Arbeitszeit! 9

Ostermarsch 2006 im Hunsrück 10

Nachrichten aus der Region 1011

Termine 12

Von der Lohnarbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft

Zur Krise und Zukunft der Arbeitsgesellschaft

von Günther Salz

Nach der Vollbeschäftigungsphase der fünfziger bis siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland in Sprüngen auf inzwischen gut 5 Millionen registrierter Arbeitsloser gewachsen. Hinzu muss man 1- 2 Millionen Menschen in der „stillen Reserve" und etwa 7 – bis 800 000 Maßnahmeteilnehmer rechnen. Praktisch fehlen 7 – 8 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland.

Das Erwerbsarbeitszeitvolumen reduzierte sich in Westdeutschland von 1960 bis 2004 von 56 auf 46 Milliarden Stunden; in Ostdeutschland sank die Zahl der Stunden von 1990 bis 2004 von 14 Milliarden auf 9,5 Milliarden.

Wir sprechen von der „Krise der Arbeitsgesellschaft" und meinen damit den Verlust von Erwerbs-Arbeitsplätzen, die arbeitsvertraglich geregelt, sozialrechtlich geschützt, durchschnittlich bezahlt und bei festgelegter Arbeitszeit auf Dauer geleistet wird. Wir beklagen, dass öffentliche Arbeiten nicht verrichtet werden; solche Arbeit sei genug da, sie werde jedoch nicht getan. Wir stellen fest, dass mit dem Abbau bezahlter Arbeit auch die soziale Sicherheit abnimmt.

Erwerbsarbeit stellt so für eine immer größer werdende Zahl von Menschen keinen sozialen und gesellschaftlichen Integrationsfaktor mehr dar. Im Gegenteil: Zukunftsangst macht sich breit. Die gesellschaftlichen Widersprüche nehmen zu: Während sich die Einen überarbeiten, werden die Anderen auf Null-Arbeitszeit gesetzt. Während die Verlängerung der Arbeitszeit gefordert wird, wächst das Arbeitslosenheer und die Armut. Während Arbeitslose nach verlorenem Lebenssinn und Selbstwertgefühl suchen, verdichtet und beschleunigt sich die Arbeit der „Übriggebliebenen" in Industrie, Handel und im Dienstleistungsbereich. Während die noch Beschäftigten unter Zeitmangel für Familie, Gesellschaft und Bildung leiden, können viele Arbeitslose mit ihrer Zeit kaum etwas anfangen.

Ursachen der Krise

Woher kommen diese Widersprüche und Probleme?

Im Gegensatz zur vergangenen Bedarfswirtschaft mit seinen begrenzten und in die Gesellschaft eingebetteten Märkten ist die heutige kapitalistische Ökonomie prinzipiell maßlos und auf die Erzielung

Passt Gott in die Verfassung der EU?

Workshop mit Prof. Dr. Ulrich Duchrow zur Rolle der EU in der Globalisierung.

Referent: Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Theologe / Heidelberg

Zeit: 4. April 2006, 9.30-16.30h

Ort: Medienladen, Kurt-Esser-Haus (am Bahnhofsvorplatz)

Veranstalter: Ev. Schulreferat im Kirchenkreis Koblenz, Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V.

Infos: Netzbüro

von Gewinn angelegt. Aus vorgeschossenem Kapital soll mehr Kapital, aus Geld mehr Geld werden. Das ist das Alpha und das Omega des Kapitals. Die Herstellung von Gebrauchsgütern ist dabei nur Mittel zum Zweck – ebenso wie die Nutzung menschlicher Arbeitskraft; auch der Einsatz von Arbeit ist eine vom Kapital abgeleitete Größe.

Krisen der Kapitalverwertung (z.B. Absatz- oder Überproduktionskrisen) führen auch zu Krisen der Erwerbsarbeit. Periodische Krisen führen zunehmend zu Dauerkrisen. Das kommt so: Um in der Konkurrenz mit anderen Kapitalisten zu bestehen, müssen die Waren so billig wie möglich verkauft werden. Um dies zu erreichen, muss die Zeit zu ihrer Herstellung verkürzt, d.h. die Produktivität menschlicher Arbeitskraft durch die Kombination mit immer mehr und besseren Maschinen erhöht werden. Deshalb können immer weniger Menschen immer mehr Waren produzieren.

Segen und Fluch

Der "Segen" der Warenproduktion ist aber der „Fluch" der Produzenten: Menschen werden durch Maschinen ersetzt, dadurch arbeitslos und oft arm.

Der Versuch, über gesteigerte Produktivität und Rationalisierung konkurrenzfähig zu bleiben, erhöht langfristig das Sachkapital im Verhältnis zum Einsatz lebendiger Arbeitskraft. Immer mehr Sachkapitalaufwand drückt jedoch auf die Gewinnrate. Um diesen unerwünschten Effekt zu beseitigen, muss entweder noch mehr produziert und abgesetzt oder noch billigere Rohstoffe, Maschinen oder Menschen eingekauft werden. Daher der Drang des Kapitals nach immer neuen und besseren Verwertungsmöglichkeiten in Raum und Zeit ohne seinen Durst je stillen zu können: Nach Globalisierung der Märkte, längeren und flexibleren Arbeitszeiten, Kürzung der Löhne und Senkung der Lohnnebenkosten, Steuererleichterungen, Abschaffung von Sonn- und Feiertagen, Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen usw. Das ist der Grund für die eigentümliche und letztlich zerstörerische Doppelgesichtigkeit des Kapitalismus: Während seine entfesselte Produktivität bestimmten Leuten und Weltregionen einen ungeheuren Warenreichtum bescherte, verursacht er gleichzeitig Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit, Kriege und Naturzerstörung auf der ganzen Welt.

Vom Produktivfaktor zum Sozialschmarotzer

Gegenüber den kapitalistischen Triebkräften und Folgen nehmen sich die gegenwärtigen Sozial- und Arbeitsmarktreformen einerseits hilflos und unangemessen, andererseits ähnlich aggressiv aus. Die arbeitslos gewordenen Opfer der kapitalistischen Produktivität werden zu Verursachern und Nutznießern der Krise erklärt. Eben noch produktiver Teil der „Wertschöpfung", werden sie nach einer vom Arbeitslosengeld gewährten Schonfrist als Sozialschmarotzer und Faulenzer angesehen, die doch wenigstens die Dienstboten für die Erfolgreichen abgeben könnten.

Die Beschäftigten geraten unter erhöhten Leistungsdruck. Gleichzeitig erwartet man von ihnen Lohnbescheidenheit, Arbeitszeitverlängerungen, mehr Mobilität und Flexibilität – gerade so wie es die Sachzwänge der Kapitalverwertung erheischen. Sie sollen dem beinahe allmächtigen Götzen Kapital (den doch nur die Furcht vor seinem Untergang antreibt) Zeit, Familie, Eigensinn, Heimat, Leidenschaft und Phantasie opfern. Sie sollen sich als Unternehmer ihrer Arbeitskraft und Humankapital begreifen. Sie sollen Kapitalinteressen an die Stelle Gottes, Erlös an die Stelle von Erlösung setzen.

Gegen die Zweckentfremdung der Arbeit

Für die katholische Soziallehre ist der Mensch jedoch Ebenbild Gottes und nicht bloß Humankapital oder gar nur ein Anhängsel der Kapitalverwertung. Wo Arbeit nur als Produktions- und Kostenfaktor gesehen wird, der im Dienst des Kapitals und der Gewinnmaximierung steht, wird die Würde des Menschen verletzt. Arbeit soll Teilhabe an und Pflege der Schöpfung sein – und nicht ihre allmähliche Zerstörung durch kapitalistische Maßlosigkeit. Arbeit ist kein Selbstzweck; ihre Aufgabe ist die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, ihr Ziel ein gutes Leben für alle.

Unter diesen Prämissen und angesichts der oben dargelegten Problematik kann es also nicht nur um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehen. Gleichzeitig muss ein neues Modell von „Arbeiten" und „Leben", von Reichtum und Verteilung auf die Agenda. Alle Bedürfnisse müssen überprüft und neue entwickelt werden. Die Wirtschaft soll den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Eine Brücke für diesen Weg bietet das KAB-Modell einer „Tätigkeits-gesellschaft", das auf einer Umverteilung des Reichtums an Zeit und Geld und auf einer Neubewertung von „Arbeit" beruht.

Günther Salz ist Vorsitzender der KAB in der Diözese Trier.

G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm / Deutschland

Zum ersten Mal nach dem G7-Gipfel 1999 in Köln findet der G8-Gipfel wieder in Deutschland statt – Zeit, erneut gegen den „Club der Mächtigen und Reichen dieser Welt" und die Folgen ihrer Politik, nämlich „Armut, Verschuldung, Umweltzerstörung und Abbau sozialer und demokratischer Rechte", zu protestieren. Deshalb bildet sich zur Zeit ein Bündnis von Gruppen und Organisationen, die vom

25./26.3.2006 in Rostock eine

1. Aktionskonferenz zum G8-Gipfel 2007

durchführen wollen.

www.heiligendamm2007.de

Impressum:

Netz-Telegramm März 2006

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied,
Tel. (0 26 31) 35 41 40 · Fax (0180 50) 60 33 59 93 76
e-mail: info@oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des ABP, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750 März 2006

Layout: Elke Wetzig, Köln

Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Emanzipation durch Arbeit oder Befreiung von Arbeit?

von Herbert Böttcher

„Die Arbeit ist ein Gut für den Menschen.“

So lesen wir in der Sozialenzyklika ‚Laborem exercens' (Nr. 8) von 1981. Die Aussage wird damit begründet, dass in der Arbeit der Mensch „sich selbst als Mensch verwirklicht, ja gewissermaßen ‚mehr Mensch' wird“ (ebd.). Sie ist mit der Würde des Menschen als Person verbunden, während das Kapital zu den Dingen gezählt wird. Aus dem Vorrang des Menschen vor den Dingen wird „das Prinzip des Vorranges der Arbeit gegenüber dem Kapital“ (Nr. 12) abgeleitet. Die Arbeit bringt die im Produktionsprozess geschaffenen Werte hervor, während das Kapital dazu nur als Instrument dient.

Eine solche Sicht der Arbeit deckt auf, dass nicht das Kapital, sondern die Arbeit die Quelle des gesellschaftlichen Reichtums und die Grundlage des gesellschaftlichen Lebens ist. Ähnlich verhält es sich mit Ricardos* Arbeitswerttheorie. Hier ist Arbeit Quelle des geschaffenen Werts und die Arbeitszeit der Maßstab, mit dem der Wert gemessen werden kann. Die Rede vom Vorrang der Arbeit hat insofern emanzipatorischen Charakter, als sie den Kampf von ArbeiterInnen um ihre Würde und um ihre Rechte unterstützt.

Sozial ist, was Arbeit schafft?

Wenn ‚Arbeit' so allgemein, d.h. ohne Bezug zu einem geschichtlich-gesellschaftlichen Zusammenhang, gesehen wird, kann die Parole ‚Sozial ist, was Arbeit schafft' höchst plausibel erscheinen. Arbeit, Arbeit, Arbeit! – egal, wofür und zu welchem Preis! Schon die nackte Forderung nach Arbeitsplätzen erscheint als sozial, weil sie auf ein Verständnis von Arbeit stößt, das mit der Arbeit die Grundlage von Überleben, gesellschaftlicher Anerkennung und Selbstverwirklichung verbindet.

Wie unsozial die Parole jedoch ist, zeigt die Realität. Strukturelle Arbeitslosigkeit wird für immer mehr Menschen zur Bedrohung. Für die Betroffenen bedeutet dies Verlust sozialer Integration und Anerkennung, Verlust von Lebensperspektiven, ja in vielen Teilen der Welt Verlust des Lebens. Aber auch für Menschen ‚in Arbeit' wächst der ökonomische und psychische Druck: Lohneinbußen, längere Arbeitszeiten, Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen in befristete und ungesicherte Arbeitsverhältnisse... Für alle, die nicht bereit sind, sich den Verwertungsbedingungen ihres ‚Humankapitals' anzupassen, wächst die Gefahr‚überflüssig' zu werden.

Arbeit ist hier nicht Ausdruck personaler Würde, sondern verwertbares ‚Humankapital'. Statt Emanzipation durch Arbeit erleben wir ihre immer uneingeschränktere Unterwerfung unter die vom Kapital diktierten Verwertungsbedingungen. Emanzipation verkommt zum ideologischen Schein. ‚Positiv' gedacht und ‚eigenverantwortlich' umgesetzt wird aus Unterwerfung Selbstunterwerfung, aus Fremdbestimmung Selbstbestimmung, aus Anpassung Selbstverwirklichung.

Arbeit als ‚abstrakte Arbeit' – Eine Erinnerung an Karl Marx

Karl Marx knüpft zwar an die Einsichten an, nach denen Arbeit Wert schafft. Mit der Unterscheidung zwischen Gebrauchswert und Tauschwert geht er aber wesentlich darüber hinaus. Der Gebrauchswert der Ware zielt auf einen konkreten Bedarf, ein Bedürfnis, der Tauschwert hingegen auf den Tausch als Wertform der Ware. Wenn Waren getauscht werden sollen, müssen sie vergleichbar sein. Im Blick steht ihr abstrakter (Tausch-) Wert. Er kann in der für ihre Produktion im gesellschaftlichen Durchschnitt verausgabten Arbeitszeit gemessen und in Geld ausgedrückt werden.

Mit dem Begriff des doppelten Charakters der Ware gewinnt Marx Einsichten über den spezifischen Charakter der Arbeit im Kapitalismus. Sie ist auf die Produktion von Tauschwert im Dienst der Akkumulation des Kapitals, wie sie in der Formel G – W – G' zum Ausdruck kommt, ausgerichtet. Geld (G) wird in der Produktion eingesetzt, um Waren (W) zu produzieren. Dieser Vorgang wäre unsinnig, wenn an seinem Ende die gleiche Summe Geld stände wie am Anfang. Sinn macht die Bewegung nur dann, wenn an ihrem Ende Mehr-Geld, also G' steht. Arbeit, die im Dienst der Vermehrung des Kapitals Wert und Mehr-Wert schafft, ist nicht auf einen konkreten Inhalt, also die Produktion eines Gebrauchswerts, sondern auf abstrakten Tauschwert ausgerichtet.

Was produziert wird, ist egal!

Arbeit wird zur ‚abstrakten Arbeit', die vom konkreten Inhalt ihrer Produkte abstrahiert. Von Bedeutung ist, dass Arbeit aufgewendet wird und nicht was produziert wird. Arbeit wird zur abstrakten „Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw.“ (Marx) Das Gemeinsame aller Waren

Bild: photocase.de

liegt darin, dass sie Produkte der Verausgabung von Arbeitskraft sind. Es zählt, was im Blick auf den Tausch verglichen werden kann. Und das ist nicht die konkrete Arbeit, das Was (ihre konkrete Nützlichkeit, ihr Gebrauchswert), sondern ihr Dass und Wieviel: die abstrakte Arbeit. Für die Akkumulation des Kapitals ist es gleichgültig, ob Krankenhausbetten, Mikroelektronik oder Kanonen produziert werden. Entscheidend ist, dass Wert und Mehr-Wert geschaffen und realisiert werden. Grundlage dafür ist die Verausgabung ‚abstrakter Arbeit'.

Weitreichende Konsequenzen

Die (theoretische) Einsicht, dass Arbeit im Kapitalismus ‚abstrakte Arbeit' ist, hat weitreichende Konsequenzen. Es reicht nicht, die private Aneignung des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts auf der Grundlage privater Verfügungsmacht über die Produktionsmittel zu kritisieren. Es geht nicht nur um Verteilung und ‚freien Markt', sondern um die Ausrichtung der Produktion auf die Schaffung abstrakten Werts durch abstrakte Arbeit im Dienst der unendlichen Vermehrung des Kapitals als irrationalem Selbstzweck. Abstrakte Arbeit im Dienst der Schaffung von Wert prägt die Gesellschaft, drückt ihr ihre Form auf und macht sie ‚warenförmig'. Deshalb kann es nicht einfach um Emanzipation durch Arbeit gehen, nicht um eine Kritik des Kapitalismus vom Standpunkt der Arbeit, sondern um die Kritik der Arbeit als abstrakter Arbeit im Kapitalismus. Deshalb muss auch über ‚Arbeit' neu nachgedacht werden.

Neubewertung von „Arbeit"

„Die Arbeit ist ein Gut für den Menschen" – wenn sie auf „ein Gut" ausgerichtet ist. Ein solches Gut wäre die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Gefordert wäre dann eine ‚Arbeit', die dem Leben dient und dadurch zu einer sinnvollen Tätigkeit wird. Sie müsste genau auf das zielen, was in der abstrakten Arbeit im Dienst der Selbstverwertung des Werts, negiert wird: Menschen und ihre Bedürfnisse. Im Rahmen kapitalistischer Lohnarbeit kann Arbeit kein „Gut" sein, weil sie nicht auf ein „Gut" ausgerichtet und nicht selbstbestimmt, sondern fremdbestimmt ist. Statt Emanzipation durch Arbeit brauchen wir daher Perspektiven einer Befreiung von Arbeit als kapitalistischer Lohnarbeit.

Unser Begriff ‚Arbeit' ist entweder allgemein und ohne Bezug zu einem historischen Kontext oder von kapitalistischer Lohnarbeit

Bild: photocase.de

geprägt. Daher bringt er nur unzureichend zum Ausdruck, um was es geht: um kreative ‚Tätigkeiten' im Dienst des Lebens. Solche ‚Tätigkeiten' brauchen eine andere ‚Form' der Produktion, der Verteilung und des gesellschaftlichen Zusammenlebens als die der ‚Warenform'. In der ‚Verrücktheit' der Waren, die ein Eigenleben führen, spiegelt sich ja die ‚Verrücktheit' einer Gesellschaft, die sich in den Dienst der Produktion von Waren zum Zweck der Akkumulation des Kapitals gestellt hat. Dabei werden Subjekte zu Objekten und Objekte beherrschen die Menschen.

Sklavenarbeit oder schöpferisches Tätig-Sein

Die biblische Geschichte vom Exodus ist eine Geschichte der Befreiung aus dem Sklavenhaus (wörtlich: Arbeitshaus) Ägypten. Von dieser Erfahrung geprägt wird Israels Geschichte zu einer Geschichte gegen das Sklaven/Arbeitshaus.

So legt der erste Schöpfungsbericht (Gen 1,1-2,4a) Wert auf die Aussage: Der Mensch ist nicht zum Sklaven/Arbeitsdienst geschaffen. Er ist nicht – wie in altorientalischen und griechischen Vorstellungen - Arbeitssklave der Götter. Seine Aufgabe ist es, die Welt kreativ zu gestalten. In seinem schöpferischen Tätig-Sein ist er Ebenbild des schöpferischen Gottes.

Von dieser Tradition her kann unterschieden werden zwischen schöpferischem Tun und Arbeit als Mühsal, wie sie in der Geschichte vom Sündenfall (Gen 3,17ff) reflektiert wird. In der Spannung zwischen schöpferischen Tun und (notwendiger) Arbeit als Fluch der Sünde suchen die biblischen Traditionen nach Unterbrechungen der Arbeit – so vor allem im Gebot des Sabbat. Der 7. Tag nimmt vorweg, was einmal für alle Wirklichkeit werden soll: die Überwindung von Arbeit als Mühsal und Fluch (Gen 3,17ff) zugunsten eines schöpferischen Tätig-Seins.

Tätigkeitsgesellschaft als Weg zur Befreiung von ‚abstrakter Arbeit'?

Aufgrund des Produktivitätsfortschritts ist es möglich, mit immer weniger Menschen immer mehr Reichtum zu produzieren. Die Verkürzung der Arbeitszeit wäre eine logische Folge. Es würde Zeit, Zeitreichtum, gewonnen. Damit könnte der Freiraum für kreatives Tätig-Sein im Dienst menschlicher Bedürfnisse statt ‚abstrakter Arbeit' im Dienst von Wert und Mehr-Wert erweitert werden. Zeitkapazitäten würden frei für politisches Engagement, für kritisches Nachdenken und Handeln.

Könnte die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung verbunden mit einer ‚Kulturrevolution', in der zwischen Arbeit und schöpferischem Tätig-Sein unterschieden wird, ein Weg hin zur Überwindung kapitalistischer Verhältnisse sein? Auf welche Widerstande würde er stoßen? Wo bliebe er im Kapitalismus stecken? Arbeitszeitverkürzung wäre ja nur eine Reduktion ‚abstrakter Arbeit' im Dienst des Kapitals, nicht ihre Überwindung. Aber könnte es wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung sein?

* David Ricardo (1772-1823), englischer Nationalökonom und Begründer der theoretischen Nationalökonomie

Die Tätigkeitsgesellschaft als mögliche Alternative

Von Günther Salz

Die Vision einer Tätigkeitsgesellschaft steht für den Wunsch nach Befreiung von der Herrschaft des Kapitals über die Menschen, für die Absicht zur Relativierung der Erwerbsarbeit.

Gerade abhängig Beschäftigte wissen davon, dass Erwerbsarbeit immer auch ein Herrschaftsverhältnis ist, das sich durch die Kontrolle über Zeit ausdrückt. Die Menschen sollen in einem ersten Schritt einen Teil ihrer Zeit und damit einen Teil ihrer Selbstbestimmung zurück gewinnen können. Ziel ist es, von fremdbestimmter Arbeit zu selbstbestimmten Tätigkeiten zu gelangen.

In der Tätigkeitsgesellschaft werden Erwerbsarbeit, Familien- und Eigenarbeit sowie gemeinwohlorientierte Arbeit als prinzipiell gleichwertig anerkannt (Triade der Arbeit). Diese Idee schließt eine neue Gerechtigkeit und die Geschlechterparität ein. Alle sollen an allen Arbeitsformen teilhaben können: Arme wie Reiche, Frauen und Männer.

Voraussetzung: Verkürzung der Arbeitszeit

Voraussetzung hierfür ist eine durchgreifende und weitgehende (insbesondere wöchentliche und tägliche) Arbeitszeitverkürzung (z.B. 30 Stunden-Woche). Sie soll bestehende Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Eine solche Arbeitszeitverkürzung ist auf der Grundlage der gegebenen Arbeitsproduktivität und des vorhandenen Reichtums möglich – und wegen der Arbeitslosen auch nötig. Zugleich kann aus diesem Reichtum auch der Lohnausgleich finanziert werden.

Die Tätigkeitsgesellschaft bricht mit der vorherrschenden Strategie der Spaltung der Gesellschaft in Rationalisierungsgewinner und –verlierer, also jenen, die in der Erwerbssphäre erfolgreich sind und sich darin überarbeiten und jenen ökonomisch überflüssig Gemachten, die nun die Dienstboten und Kindermädchen für die Erfolgreichen spielen sollen. Und sie bricht mit der klassischen Tradition, dass Familien- und gemeinwesenbezogene Tätigkeiten nur Sache der Frauen sei.

Eine andere Logik der Arbeit

Die prinzipielle Gleichwertigkeit von Erwerbs-, Familien/Eigenarbeit und Gemeinwohltätigkeit heißt jedoch nicht, alle genannten Tätigkeiten über den Leisten der Lohnarbeit schlagen zu wollen. Familien und Eigenarbeit, aber auch ehrenamtliches Engagement oder politische Tätigkeiten haben eine andere Logik als die (noch) kapitalistische Erwerbsarbeit. Die Familien- und Gemeinwohlarbeit ist durch Freiwilligkeit, Zeitverausgabung und Gebrauchswertproduktion gekennzeichnet, während die Erwerbsarbeit vom Drang nach Zeitersparnis und von fremdbestimmter Tauschwertproduktion geprägt ist. Daher wäre es falsch, wollte man Familien- oder Gemeinwohlarbeit entlohnen oder das freiwillige Ehrenamt zur persönlichen, staatlich organisierten Verpflichtung machen.

Andererseits kann man nicht von der materiellen Grundlage aller Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit absehen. Auch diese – ebenso wie die soziale Sicherung – muss durch produktive Arbeit erwirtschaftet bzw. vom gesellschaftlichen Mehrprodukt abgezweigt werden. Das aber kann nur die Wiederaneignung des für das Kapital kollektiv erzeugten Reichtums bedeuten. Arbeitszeitverkürzung und freie Zeit für freiwillige und selbstbestimmte Tätigkeiten müssen vom Kapital bezahlt werden (allenfalls könnte man wohlhabende Arbeitnehmer an der Umverteilung des Einkommens beteiligen). Deshalb gehört zur Tätigkeitsgesellschaft die Idee des unbedingten Grundeinkommens, das zusammen mit der Arbeitszeitverkürzung den Rahmen dafür schafft, dass man zwischen den drei Tätigkeitsformen wechseln kann bzw. Zeit für alles hat.

Mit einer Anerkennung und Realisierung der „Triade der Arbeit“ für möglichst viele Menschen wäre die Erwerbsarbeit relativiert und die Spaltung in Gewinner und Verlierer des Systems gebremst. Dadurch könnten auch die Köpfe und Herzen frei dafür werden, nicht nur nach Veränderungen im Kapitalismus, sondern nach Alternativen zum Kapitalismus zu suchen.

„Die meisten privaten Firmen in China beuten ArbeiterInnen aus!“

Ein Blick in die realexistierende Arbeitswelt des kapitalistischen Hoffnungslandes China!

China Daily, staatseigene Zeitung veröffentlichte im Dezember 2005 einen Überblick über Arbeitsrechte in China und stellte darin fest: Die meisten privaten Firmen verletzen grundlegende Arbeitsrechte ihrer Beschäftigten. Mehr als 80% der Firmen verweigern Arbeitsverträge. Selbst dort, wo Arbeitsverträge existieren, sichern viele nur die Rechte der Unternehmer, indem sie die Pflichten der Beschäftigten festhielten. Manche Verträge formulieren explizit, dass das Unternehmen keinerlei Verantwortung für Krankheiten oder Verletzungen am Arbeitsplatz trägt. Die Bekleidungsindustrie gehöre zu den Sektoren, in denen die ArbeiterInnen in besonderem Maße ausgebeutet würden, so der Bericht. Obwohl ein Arbeitsgesetz von 1995 einen Vertrag zwischen Unternehmen und Beschäftigten als obligatorisch vorschreibe, ignorierten die meisten Unternehmen diese Vorschrift und so erhielten viele ArbeiterInnen keine Abfindungen bei Entlassungen, hätten kein Recht auf medizinische Behandlung und erhielten nicht die erforderlichen Unternehmensbeiträge zu den Pensionsfonds.

Da es schwierig sei, einen Arbeitsplatz zu finden, so China Daily, hätten die ArbeiterInnen keine andere Wahl, als Stellen auch ohne Verträge zu akzeptieren. Die Zahl der arbeitslosen Städter werde in 2006 vermutlich auf 17 Millionen steigen, während bereits in 2005 ein Pool von 150 Millionen Menschen auf dem Land arbeitssuchend sei.

Die zwei Millionen Privatfirmen in China gehören zu einem großen Teil Ausländern bzw. werden in Joint Ventures mit ausländischem Kapital betrieben. Obwohl der Regierungsüberblick nicht zwischen aus- und inländischen Firmen unterscheide, so sieht China Daily doch ausländische Firmen in die Ausbeutung chinesischer ArbeiterInnen involviert. 45% der wertmäßigen Bekleidungsproduktion stamme von ausländischen Unternehmen, die chinesisches Arbeitsrecht verletzten. So würden zum Beispiel die meisten Arbeitsverträge über einen Zeitraum von weniger als einem Jahr geschlossen, um Verpflichtungen aus längerfristigen Arbeitsverträgen zu vermeiden.

Der Überblick bestätigte ebenfalls, dass 13% der Löhne unterhalb des nationalen Mindestlohnes lägen und 8% der Beschäftigten erhielten ihr Löhne nicht pünktlich oder aber gar nicht. Unter Berufung auf die „All-China Federation“ der Gewerkschaften gab China Daily die Summe der nicht gezahlten Löhne in 2005 mit 12,1 Mrd. US-$ an (100 Mrd. Yuan).

Zusammenfassung: Sabine Ferenschild

(Diese Zusammenfassung basiert auf einer Mitteilung der „Nike-Related mailing list“ vom 4.1.06.)

Die neun Leben einer chinesischen Wanderarbeiterin:

Miss Zhang erzählt ihre Geschichte

So titelte das „China Labour Bulletin“ am 8.3.2006 anlässlich des Internationalen Frauentages. Diese hier auszugsweise abgedruckte Geschichte illustriert das, was der regierungsamtliche Report (s.o.) in trockene Zahlen fasst und auf die Situation in privaten Firmen beschränkt.

Heute ist der Internationale Frauentag. China Labour Bulletin interviewte vor kurzem eine 21 Jahre alte Wanderarbeiterin, Miss Zhang, die in neun verschiedenen Firmen in vier Jahren arbeitete, da sie die erbärmlichen Arbeitsbedingungen in jeder dieser Firmen nicht ertragen konnte. Im letzten dieser Jobs erlitt sie eine ernsthafte Handverletzung, da der Fabrikinhaber nicht ausreichend auf Arbeitsplatzsicherheit achtete. Die Probleme, denen Miss Zhang begegnete, sind typisch für Millionen Wanderarbeiterinnen in China – in der Tat dient ihre Geschichte als ein Mikrokosmos der gewaltigen Notlage, der sie ausgesetzt sind. Am Ende ihrer Erzählung folgert Miss Zhang, die heute in einem Servicecenter für ArbeiterInnen in Guangdong arbeitet, dass nur das Erwerben grundlegender Kenntnis ihrer Rechte chinesische Arbeiterinnen in die Lage versetzen wird, ihre Recht und Interessen im Arbeitsprozess zu schützen.

Miss Zhangs Hintergrund

Ich verließ mein Zuhause im Alter von 15 und begann zu arbeiten. Das war im Dezember 1998. Der Grund war, dass ich meiner Familie helfen wollte. Ich habe viele Schwestern und ich war offiziell „außerhalb der Quote“. Bei meiner Geburt mussten meine Eltern ein Bußgeld bezahlen. Als ich mein Zuhause verließ, wollte mein Bruder eine eigene Familie gründen und brauchte Geld. Ich entschloss mich, früher mit der Arbeit zu beginnen, um meinen Eltern und meinem Bruder finanziell zu helfen. Meine Noten in der Schule waren nicht schlecht. Wenn ich zur High School gegangen wäre, hätte ich eine gute Chance auf ein Studium gehabt. In den letzten vier Jahren habe ich neun Fabriken gearbeitet.

(Nachdem Miss Zhang in der Keramik-, der Elektronik- und der Spielzeugindustrie gearbeitet hat, fand sie Beschäftigung in einer Bekleidungsfabrik, die sie sich gewünscht hatte.)

7. Job: Bekleidungsfabrik in Peking

Als ich die Keramikfabrik verließ, verbrachte ich einige Zeit zu Hause. Dann begann ich in einer Bekleidungsfabrik in Peking zu arbeiten. Die Firma hieß Jiushan Garment Factory und lag in Miyun County, einem Bezirk von Groß-Peking. Der Besitzer kam aus der Anhui Provinz und hatte mehr als 100 ArbeiterInnen. Wir arbeiteten in 9-Stunden-Schichten und Überstunden am Abend waren freiwillig, aber wir bekamen nie einen freien Tag.

Die Löhne wurden nach der Stücklohn Methode berechnet. Der Minimallohn betrug 380 (Yuan) im Monat und sie haben keine Überstunden extra entlohnt, so dass es keine gesonderte Überstundenbezahlung gab. Die Bedingungen waren schrecklich, schlimmer als in irgendeiner Firma in Dongguan. Es gab nur einen Duschraum und niemanden, der ihn reinigte, so dass es richtig stank. Wir wohnten in einem einstöckigen Gebäude mit sieben bis acht Personen in einem Raum.

Zu dieser Zeit lag die Firma bereits mit 3 Monatslöhnen im Rückstand. Ich war erst einen Monat da, so dass es mich nicht so traf.

Aber dann hatte ich einen Konflikt mit dem Abteilungsleiter. Ich wollte nachmittags nach Hause telefonieren. Die Fabrik ist weit außerhalb und man hatte einen langen Weg, um zu einem Telefon zu kommen. Ich wollte nach Hause anrufen, weil ich lange nichts von ihnen gehört hatte. Aber die Aufseherin wollte mich nicht gehen lassen.

Zu diesem Zeitpunkt sprachen die anderen ArbeiterInnen mit dem Chef über die ausstehenden Löhne. Sie drohten ihm zu gehen, wenn er die Löhne nicht zahlte. Der Manager bekam einen Anfall und sagte, er würde niemandem etwas bezahlen. Die stellvertretende Leiterin war höflicher. Sie sagte, wenn die Belegschaft kein Geld für das Essen hätte, könnte die Firma aushelfen. Später erhielten wir alle zwischen 30 und 50 Yuan. Sie sagte, sie hätte eine Bestellung für Baumwollbekleidung, die sehr dringend sei und wenn wir diese zuerst erledigten, dann könnten wir danach unsere Löhne erhalten.

Wir arbeiteten zwei Tage lang an der Bestellung und sie bezahlten uns immer noch nicht. (...)

Schließlich entschlossen wir uns, auch ohne unsere Löhne zu gehen, obwohl wir noch nicht einmal das Busgeld bis Peking hatten. Mit einigen Schwierigkeiten konnten wir das Firmengeländer auch ohne Erlaubnis unseres Chefs verlassen.

8. Job: Bekleidungsfabrik in Shenzhen

Ich blieb nur eine Woche zu Hause und ging dann nach Shenzhen und begann in der Hongcheng Garment Fabrik zu arbeiten. Sie wurde mit taiwanesischem Geld betrieben. Sie fertigten Kinderkleidung. 600 Menschen arbeiteten in der Fabrik. Die Arbeit bestand zur Hälfte aus Fließband-Arbeit und zur Hälfte aus Handarbeit. Ich zahlte eine Kaution von 80 Yuan bei Arbeitsbeginn. Sie sagten, dies wäre zur Ausstellung meiner Arbeitskarte, der Fabriklizenz und einiger anderer Dokumente. Ich wurde an eine der Industrienähmaschinen gesetzt und es war wirklich harte Arbeit.

Wir machten jeden Tag Überstunden und wir hatten frühestens um 23h Feierabend. Manchmal arbeiteten wir bis zwei oder drei Uhr am Morgen und mussten am nächsten Tag zur normalen Zeit beginnen. Wir arbeiteten von 7.30h bis 12h. Sie sagten, wir hätten eine halbe Stunde Pause zum Essen und zum Ausruhen, aber direkt nach dem Essen begannen wir wieder zu arbeiten. Der beste Tag war Sonntag, wenn wir nur bis 21.30h Überstunden machen mussten. Wirklich, wir waren erschöpft. Manche wurden ohnmächtig vor Müdigkeit. (...)

(Übersetzung: S. Ferenschild)

Grundeinkommen: Ein gutes Leben für alle und Befreiung von der Arbeit

Grundeinkommen ist nicht gleich Grundeinkommen. Es gibt viele Unterschiede in der Idee und in den daraus entwickelten Modellen. Zwei Positionen sollen hier vorgestellt werden: Ronald Blaschke setzt sich als Sprecher des Netzwerks Grundeinkommen für ein solches ein. Guillaume Paoli problematisierte die Idee des Grundeinkommens in einem Beitrag für die Wochenzeitung Freitag, der hier ebenfalls zitiert wird.

Warum ein Grundeinkommen? Zwölf Argumente

Ronald Blaschke, Sprecher des Netzwerkes Grundeinkommen, Dresden 2005

Ein Grundeinkommen ist ein

- allen Menschen individuell zustehendes und garantiertes,
- in existenzsichernder Höhe (Armut verhindernd, gesellschaftliche Teilnahme ermöglichend)
- ohne Bedürftigkeitsprüfung (Einkommens-/Vermögensprüfung),
- ohne Arbeitszwang und -verpflichtung bzw. Tätigkeitszwang und -verpflichtung

vom Staat ausgezahltes Grund-Einkommen. Weitere Einkommen sind anrechnungsfrei möglich (Income Mix).

Alle genannten Kriterien kennzeichnen das Grundeinkommen als ein bedingungsloses. Es gibt schlicht und ergreifend keine Bedingung für den Bezug des Grundeinkommens.

Dadurch unterscheidet sich ein Grundeinkommen von einer Grund- oder Mindestsicherung. Ein Grundeinkommen ist kein sozialpolitisches Projekt, was versucht, Marktdefekte zu reparieren. Es ist ein Projekt für mehr Freiheit, Demokratie und Menschenwürde. Es weist über die bestehende Gesellschaft hinaus.

Warum ein Grundeinkommen?

1. Das Überflussargument: Noch nie waren menschliche Gesellschaften auf der Erde so reich und lebten im Überfluss – an materiellen und immateriellen Gütern. Noch nie waren menschliche Gesellschaften so sehr auf die Unterordnung all dieser Reichtümer unter zwei kapitalistische Prinzipien fixiert – das Prinzip der Mehrung von Profit und das Prinzip der Mehrung von Herrschaft über Menschen. Beide Prinzipien bewirken Unfreiheit, Armut in allen Ländern der Erde und ökologische Schäden immensen Ausmaßes. Ein Grundeinkommen will diese Prinzipien die Macht beschränken. Manche meinen sogar, das Fundament dieser Prinzipien zerstören. Weil es den (Lohn-)Arbeit – Kapital – Zusammenhang maulwurfsgleich untergräbt. Mensch und Gesellschaften werden mit einem Grundeinkommen (partiell) von diesem Herrschafts- und Erpressungsprinzipien befreit.

2. Das Arbeitsmarkt- und Einkommensargument: Entwickelte kapitalistische Gesellschaften sind hochproduktive Gesellschaften. Das (Lohn-/Erwerbs-) Arbeitsangebot stößt hier an die Grenzen seiner profitablen Nutzbarkeit. Daran ändern auch nationale demografische Entwicklungen nichts. Permanenter Überproduktion, ständiger Vernichtung und Neuproduktion von Gütern, externer Ausweitung von Märkten stehen sinkendes Arbeitsvolumen und steigende Produktivität gegenüber. Massenarbeitslosigkeit, Abbau traditioneller sozialstaatlicher Leistungen und Niedrig(st)löhne (working poor) verfestigen und verstärken die Spaltungen der Gesellschaft, Armut und Ausgrenzung. Eine ausreichende und kontinuierliche Einkommenssicherung über (Erwerbs-/Lohn-)Arbeit wird für viele immer unmöglicher. Dem gegenüber stehen steigende leistungslose Einkommen aus Vermögen und Finanzanlagen, die den Reichtum der Gesellschaft extrem ungleich verteilen. Ein Grundeinkommen trägt allen diesen Tatsachen Rechnung und verteilt materielle Teilhabemöglichkeiten neu - nach dem Prinzip der grundlegenden Bedürfnisse aller Menschen, nicht nach dem Prinzip der Markt- bzw. Herrschaftsposition einzelner.

Bild: WaldtraudAndruet

3. Das Argument für Arbeiter, Unternehmer und deren Organisationen: Bestimmte Globalisierungseffekte und die steigende Anzahl der für die Reichtumsproduktion Überflüssigen führen zu einem enormen Verlust der Macht der Arbeitskraftanbieter. Diese Menschen und deren Organisationen werden immer erpressbarer, weil sie außer ihrer Arbeitskraft und lohnarbeitsabhängigen , z. T. demütigenden sozialen Sicherungen nichts zum Leben und zur Teilhabe an der Gesellschaft besitzen. Ein Grundeinkommen wird die Verhandlungspositionen der Arbeitskraftanbieter hinsichtlich der Arbeitsbedingungen entscheidend verbessern und die selbstschädigende Konkurrenz um "Arbeitsplätze" minimieren. Zugleich werden die Unternehmen von motivierten und eher freiwillig Arbeitenden profitieren. Eine hohe Eigenmotivation und Engagementbereitschaft ist für die Unternehmen in einer wissens- und kreationsbasierten Gesellschaft überlebensnotwendig.

4. Das Arbeitszeitargument: Traditionelle Arbeitszeitverkürzungen führen nur in sehr geringem Maße zu Neueinstellungen, eher zu Rationalisierungseffekten und Arbeitshetze/-verdichtung. Teilzeitarbeit geht mit Prekarisierung und geringem Erwerbseinkommen einher. Ein Grundeinkommen wird bessere Arbeitsbedingungen, freiwillige Unterbrechungen und individuell gewünschte Verkürzungen der (Erwerbs-/Lohn-)Arbeit entscheidend befördern.

6. Das Lohnarbeitsargument: Lohnarbeit war und ist eine Tätigkeit unter dem Diktat eines fremden Willens (Profitunterordnung, Unterordnung unter Vorgesetzten/Hierarchie) und unter dem Diktat des Zwanges aus der existenziellen Not heraus. Sozialpartnerschaftliche und wohlfahrtsstaatliche Arrangements haben diesen Charakter der Lohnarbeit verdeckt.

Ein Grundeinkommen befördert die Abstreifung des Lohnarbeitscharakters vom zutiefst menschlichen Streben nach Anerkennung, nach Status und Identität, nach Wirken, Werken und einander Messen.

8. Das Argument für einen neuen Sozialstaat: Das Grundeinkommen ist die notwendige Reaktion auf lohnarbeitszentrierte, patriarchalisch geprägte Sozialsysteme, die vorzuweisende Symptome als Voraussetzung des Transferbezuges abverlangen (z. B. Krankheit, Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit etc.) sowie Diskriminierungen und Repressionen beinhalten (Arbeitszwang, Offenlegung privater Angelegenheiten). Ein Grundeinkommen begründet einen Sozialstaat, das den Bürgerinnen und Bürgern eine menschenwürdige, eigenverantwortliche und repressionsfreie Lebensführung ermöglicht.

9. Das Demokratieargument: Voraussetzung des Einmischens aller Bürgerinnen und Bürger in die demokratische Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten (res publica) ist deren Grundabgesicherheit. Existenzängste und -nöte befördern demokratiegefährdende Enthaltsamkeit von Einmischung oder gar demokratie- und toleranzfeindliche Überzeugungen und Aktivitäten in allen Schichten der Bevölkerung. Das Grundeinkommen gewährt die Freiheit von Existenzängsten und die Freiheit zur Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten.

12. Das ethische Argument: Einerseits ist in Überflussgesellschaften der Grund für das ethische (biblische und sozialistische) Argument "wer nicht arbeiten will, soll nicht essen!" - nämlich der Mangel - entfallen. Andererseits ist den Argumenten des "Gutes (Erwerbs-/Lohn-)Arbeit" zu entgegnen:

- Arbeit schafft ein Menge schlechtes.
- Wer auf das "Gut Arbeit" durch (partielle) Enthaltsamkeit verzichtet, ist in der Logik vom "Gut Arbeit" moralisch und materiell zu entschädigen, nicht zu verurteilen oder materiell zu benachteiligen.

Kann uns der Staat vor der Arbeit retten? *von Guillaume Paoli*

Die Idee der Trennung von Einkommen und Arbeit ist radikal genug, um utopisch zu bleiben

(...) Die Tatsache, dass die Bedingungen der arbeitenden Bevölkerung sich verschlechtern und dass Millionen als überflüssige Masse behandelt werden, ist keinem temporären Ausnahmezustand zuzuschreiben, sondern die Folge einer strukturellen Entwicklung. Es ist ein langes Ach ohne Krach.

Diese Situation bedingt die Kritik auf eine doppelte Weise. Da die Kritiker im Gegensatz zu 1930 keinen baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus prophezeien können, müssen sie sich mit bescheidenen Lösungsvorschlägen begnügen. Derweil stehen die klassenlose Gesellschaft und die Abschaffung des Geldes nicht zur Verfügung. Andererseits werden sie von der Kluft zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, die immer tiefer und offensichtlicher wird, zu radikalen Konzepten gezwungen. Für belanglose Reformen sorgt bereits die etablierte Politik. Bescheidenheit und Radikalität werden zu einem entsprechend ambivalenten Cocktail vermischt, welcher je nach politischer Ausrichtung als soziales Grundeinkommen, Existenzgeld oder Bürgergeld in Umlauf gebracht wird. Jedenfalls stammen alle Nuancen aus derselben logischen Überlegung: Wenn immer mehr Gewinne mit immer weniger Arbeitskräften erzeugt werden, dann soll doch Einkommen von Arbeit getrennt werden. Jeder Bürger sollte einen Teil des Geldkuchens automatisch bekommen, um die Waren kaufen zu können, die ohne sein Zutun hergestellt wurden, und um sich außerdem selbst zu verwirklichen.

(...) Von einem politischen Standpunkt aus gesehen ist das Seltsame am Grundeinkommen, dass diese Forderung nach verstärktem Eingreifen des Staates aus Ecken kommt, die sich ansonsten als antistaatlich behaupten, nämlich von Liberalen und Linksradikalen. Einer der ersten Befürworter war ja Milton Friedman, der geistige Anstifter des Neoliberalismus. Man darf vermuten, dass hier die unausgesprochene Botschaft lautet: Wir lassen die armen Schlucker, die wir nicht gebrauchen können, in Ruhe dahinvegetieren, um uns aufs Geschäft konzentrieren zu können. Ein bisschen Staat muss doch sein, um die Überflüssigen zu regulieren - immerhin ein Fortschritt im Vergleich zum großen Nationalökonom Malthus, der die "ungeladenen Gäste zum Festmahl des Lebens" einfach krepieren lassen wollte. Zeitgleich mit Friedman, doch aus der entgegengesetzten Ecke, forderten italienische Autonome, die im gleichen Atemzug dem Staat den Kampf angesagt hatten, einen "garantierten Sozialohn". Erneut verdeutlichte sich, dass an eine mögliche Umsetzung nicht ernsthaft geglaubt wurde. Es ging allein darum, die Widersprüche der Macht zu entlarven und sich populär zu machen. Seitdem hat die "emanzipatorische Linke" das Existenzgeld in ihren

Bild: photocase.de

Wunschkatalog fest eingeschrieben und man wundert sich über die Staatsform, die das Ding gewährleisten sollte. Hingegen sträuben sich die noch existenten Befürworter des Wohlfahrtsstaates gegen bezahlte Nichtarbeit. Das ist nicht weiter erstaunlich: Traditionell geht Staatsglaube mit Arbeitsfetischismus einher.

(...) Somit kehren wir zum Bürgergeld zurück. Was würde seine Einführung am Leben eines heutigen ALG-II-Empfängers ändern? Er wäre von den Schikanen der Arbeitsämter befreit, und das wäre sicherlich ein Fortschritt. Aber ob er sich deswegen als "universelles Rechtssubjekt" fühlen würde, darf bezweifelt werden. Ernährt man sich, arbeitslos oder nicht, von Aldi und RTL2, kennt keine Freunde und hat die Zeit zum Feind, bemerkt man keine Neugestaltung. Der Bürger des Bürgergeldes bleibt der "von Mitmenschen und vom Gemeinwesen abgesonderte" Bürger, den Marx kritisierte. Schließlich geht es in dieser Debatte um die Grundbedürfnisse. Unter dem Begriff versteht ein Wirtschaftswissenschaftler eine bestimmte Menge von Kartoffelbrei und Winterklamotten. Alle andere wissen, dass noch einiges dazugehört, unter anderem das Bedürfnis nach Anerkennung und Solidarität. Wie dieses heute zu befriedigen sei, dazu habe ich keinen Vorschlag. Aber das hatte ich bereits angekündigt.

(erschienen in: Freitag 04, 27.1.06)

Guillaume Paoli ist Mitbegründer der „Glücklichen Arbeitslosen“ / Berlin.

Links

Netzwerk Grundeinkommen
www.grundeinkommen.de

Archiv Grundeinkommen
www.archiv-grundeinkommen.de

Literaturhinweise

Werner Rätz, Dagmar Paternoga, Werner Steinbach: *Grundeinkommen bedingungslos*, AttacBasisTexte Nr. 17, Hamburg (VSA) 2005, 94 Seiten, 6,50 Euro

Ronald Blaschke, *Garantierte Mindesteinkommen. Aktuelle Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen im Vergleich.* Dresden, Oktober 2005 (Download unter www.archiv-grundeinkommen.de)

Wir brauchen Verkürzung statt Verlängerung der Arbeitszeit!

KAB-Mittelrhein unterstützt Streik

Der Bezirksausschuss der KAB, Bezirk Mittelrhein, unterstützt den Streik im Öffentlichen Dienst, der sich vor allem gegen die Verlängerung der Arbeitszeit richtet. Angesichts wachsender Produktivität bei gleichzeitig wachsender Arbeitslosigkeit ist die Weigerung, die Verlängerung der Arbeitszeit hinzunehmen, richtig und konsequent. Sie wäre ein Affront für alle, die Arbeit suchen.

Es ist nicht einzusehen, dass die einen arbeitslos sind, und die anderen immer neuen Zumutungen der Arbeitgeber ausgesetzt sind - von der Verlängerung der Arbeitszeit über Personalabbau bis hin zu Prozessen der Leistungsverdichtung und Beschleunigung. Während die einen verzweifelt nach Arbeit als Grundlage ihrer Existenzsicherung suchen, sind die anderen immer neuen zeitlichen und psychischen Belastungen ausgesetzt. Das geht nicht zuletzt zu Lasten von Kindern und Familien, die mehr Zeit und menschliche Nähe brauchen. Längere Arbeitszeiten und weniger Zeit für sich selbst und andere, größere psychische Belastungen und weniger Ausgleich sind Schritte zur Verrohung unserer Gesellschaft mit entsprechend teuren Folgekosten. Die Kehrseite sowohl von Arbeitslosigkeit als auch von Überforderung durch Arbeit ist wachsende gesellschaftliche Desintegration. Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse wiederum bilden den Nährboden für Zerstörung und Gewalt.

Die KAB setzt sich für Arbeitszeitverkürzung ein. Dies wäre angesichts wachsenden Produktivitätsfortschritts möglich und im Sinne des Teilens von Arbeit bei gleichzeitigem Zeitgewinn für Muße und Beziehungen ebenso wie für soziales und politisches Engagement gefordert. Demgegenüber wird das Kapital und der mit ihm verbundene Zwang zur Maßlosigkeit, zur unendlichen Vermehrung des Kapitals um seiner selbst willen immer mehr zu einer Blockade für die humane Entwicklung der Gesellschaft.

Wir brauchen Reformen, die Menschen aus ihrer Abhängigkeit von Lohnarbeit befreien und ihnen ein Leben in Selbstbestimmung und gegenseitiger Verantwortung ermöglichen. In diese Richtung zielen unsere Diskussionen um eine Tätigkeitsgesellschaft, in der eine gerecht verteilte Lohnarbeit neben Familien/Eigentätigkeit sowie Tätigkeiten im Dienst des Gemeinwohls stehen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist dazu eine wesentliche Voraussetzung und so zielt der Streik gegen die Verlängerung der Arbeitszeit in die richtige Richtung.

Eine Gesellschaft jedoch, die sich besinnungs- und hemmungslos in den Dienst der Vermehrung des Kapitals stellt, zerstört ihre menschlichen ebenso wie ihre natürlichen Lebensgrundlagen. Sie werden dem Götzen Kapital geopfert. Das nehmen wir nicht hin. Und dagegen werden wir kämpfen.

2006 wieder Ostermarsch im Hunsrück

In diesem Jahr wird es im Hunsrück erstmals nach vielen Jahren wieder einen Ostermarsch geben, zu dem überregional aufgerufen wird.

Das haben Vertreter der „Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel“, der „BI gegen den Nachtflughafen Hahn“ und der Freien Wählergruppe „PRO Rhein-Hunsrück“ am Mittwoch, dem 8. Februar 2006 bei einem gemeinsamen Treffen in Kastellaun beschlossen. Anlass sind die jüngst bekannt gewordenen US-Truppentransporte in und aus dem Irak sowie derGolfregion, die über den Zivilflughafen Hahn im Hunsrück ebenso abgewickelt werden wie Frachtflüge mit militärischer Ausrüstung. Der Flughafen Frankfurt-Hahn ist in ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland bekannt durch die Billigflugangebote der irischen Fluggesellschaft Ryanair und gilt als Vorzeigeprojekt der rheinland-pfälzischen Landesregierung in Sachen militärischer Konversion.

Gemeinsam mit weiteren Organisationen werden wir unter Federführung der Friedensinitiative über die Region hinaus dazu aufrufen, am Hunsrücker Ostermarsch teilzunehmen und am Flughafen Hahn gegen dessen Remilitarisierung und die indirekte Beteiligung Deutschlands am Irakkrieg zu protestieren.

Kontakt: www.PRO-RHK.de

Aufruf zum Hunsrücker Ostermarsch 2006:

Stoppt die Remilitarisierung auf dem Hahn!

Schon seit über drei Jahren werden US-Truppen und Kriegsmaterial über den Zivilflughafen Hahn im Hunsrück in den Irak-Krieg und die Golfregion ein- und ausgeflogen. Allein 2005 haben 70.000 US-Soldaten die Passagierbilanz „bereichert“. Was den Hahn-Betreibern als „segensreicher Zugewinn“ erscheint, birgt in Wirklichkeit neue Gefahren: Der Hahn wird zum potenziellen Anschlagsziel!

Auch mehren sich die Anzeichen, dass das US-Verteidigungsministerium ganz gezielt die Truppentransporte als zivile Flüge tarnt, um seine Soldaten vor Anschlägen zu schützen. Die Millionen Fluggäste auf dem Hahn werden zu lebenden Schutzschilden. Das einstige militärische Konversionsprojekt Hahn wird wieder zum Kriegführen benutzt und Deutschland beteiligt sich damit also doch am völkerrechtswidrigen Irak-Krieg!

Sind die Militärtransporte der Hauptgrund für die Startbahnverlängerung?

Wird der Hahn wieder dauerhaft zur militärischen Drehscheibe für US-Kriege?

Wir fordern:

Die Remilitarisierung des Flughafens Hahn muss sofort aufhören!

Schluss mit der skrupellosen Kriegsgewinnlerei auf dem „Konversionsprojekt Hahn“!

Keine direkte oder indirekte Kriegsbeteiligung Deutschlands im Irak oder anderswo!

Verhandlungslösung statt Militärintervention im Iran! Im Irak zeigt sich täglich: Krieg ist keine Lösung!

Wir rufen auf:
Kommt zum Hunsrücker Ostermarsch 2006 am Hahn!

Ostersamstag, 15. April 2006

Treffpunkt und Auftakt um 14 h, Parkplatz Regionale Schule zwischen

Sohren und Büchenbeuren

Abmarsch zum Hahn 14:30h. Abschlusskundgebung15:30h in Lautzenhausen am ehem. Haupttor

Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel
PRO Rhein-Hunsrück e.V.

Bürgerinitiative gegen den Nachtflughafen Hahn e.V.

Der Hunsrücker Ostermarsch wird über Spenden finanziert.

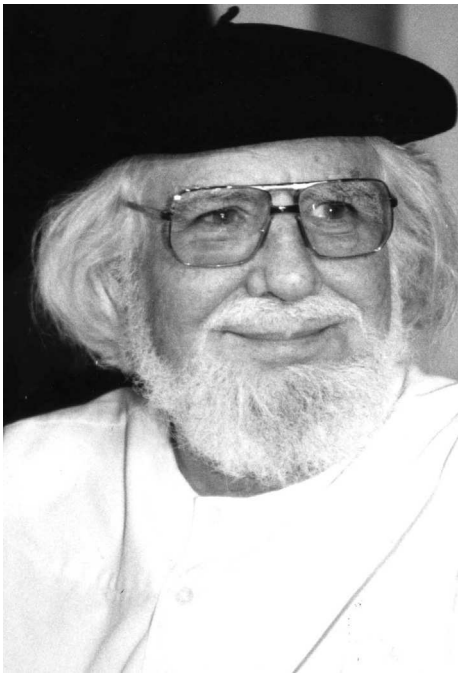
Konto:
Verein für friedenspolitische u. demokratische Bildung e.V. ,
Kto.Nr. 1013591,
VoBa Hunsrück (BLZ 56061472),
Stichwort „Ostermarsch“ © Axel Weirich
24.02.2006

Nachrichten aus der Region

Globalisierung – Was geht mich das an? – ein Projekttag am Berufsbildenden Zentrum in Koblenz

Anfang März fand mit 150 BerufsschülerInnen an der Carl-Benz-Schule in Koblenz ein Tag rund um die Globalisierung statt.

Nach einer musikalischen Eröffnung durch die Grupo Sal und einer inhaltlichen Einführung, in der soziale Spaltung, zunehmende Armut und wachsender Reichtum als Folgen der Globalisierung thematisiert wurden, arbeiteten die SchülerInnen in zehn Workshops Einzelaspekte der Globalisierung heraus. Ob der globale Rohstoff Wasser, die Situation von Flüchtlingen, die Problematik



des Erdöls oder die Frage der Arbeitsplatzverlagerungen – viele Facetten wurden besprochen und am Nachmittag, wiederum untermalt von der Grupo Sal und dem Musik-Workshop, im Plenum präsentiert.

Neben den vielen vorbereitenden Organisationen, zu denen auch das Ökumenische Netz gehörte, konnten viele FachreferentInnen aus Kampagnen und sozialen Bewegungen für die Workshops gewonnen werden. Die SchülerInnen lernten so auch die Alltagspraxis politischer Arbeit kennen.

Der ganze Tag wurde abgerundet durch ein internationales Essen, das in der Mittagspause vom Koch-Workshop angeboten wurde, und durch eine abendliche Konzertlesung der Grupo Sal mit Ernesto Cardenal in der Christuskirche in Koblenz, zu der ca. 350 Menschen kamen. Sabine Ferenschild

Aus dem AK Asyl Rheinland-Pfalz

Beim Plenum des AK ASYL RHEINLAND-PFALZ am 20. 1. 06 in Mainz haben wir im Gespräch mit dem Leiter des Ausländerreferats im Innenministerium RLP, Herrn Horst Muth, Folgendes erfahren:

Ende Dezember 2005 gab es in RLP ca. 6.200 geduldete Flüchtlinge. Ende 2004 waren es noch ca. 7.500 Geduldete. Im Jahr 2005 wurde nach ersten Zählungen (die noch überprüft werden) für ca. 2.500 bisher Geduldete eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 und für ca. 100 Personen aufgrund einer Härtefallentscheidung der HFK nach § 23 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Damit wären mehr als ein Drittel der DuldungsinhaberInnen zum Zeitpunkt 12/04 nun im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis.

Es sind zudem noch nicht alle Entscheidungen der Ausländerbehörden getroffen worden, das heißt, dass sich die Zahl noch erhöhen wird. (...)

Der Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz wertet diese noch nicht offiziellen Zahlen als ein gutes Zwischenergebnis auf dem Weg zu einer Bleiberechtsregelung. Denn die weitaus meisten Personen, die jetzt eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, sind seit ca. 10 Jahren geduldet gewesen. (...)

Viele Grüsse

Siggi Pick, AK Asyl Rheinland-Pfalz

c/o Pfarramt für Ausländerarbeit im Kirchenkreis An Nahe und Glan / Bad Kreuznach

Für soziale und ökologische Rechte in Europa

Mindestens 15.000 Menschen haben friedlich in Straßburg gegen die sog. „Bolkestein-Richtlinie“ (EU-Richtlinie zur Liberalisierung von Dienstleistungen) demonstriert. Sie alle sind aus ganz Europa gekommen, um für ein friedliches und gerechtes Europa Flagge zu zeigen. Eine Gruppe kam aus Dublin, es waren viele Solidarnoc-Anhänger dabei. Aus Portugal, Italien, Tschechien, Schweden, Finnland und sogar aus der Schweiz kamen die DemonstrantInnen. Aus Nürnberg waren Streikende vom AEG Werk mit dabei. Aus ganz Deutschland kamen mehrere tausend BürgerInnen.

Es war eine tolle Atmosphäre, ein buntes Transparent- und Fahnenmeer, wir haben viel Lärm gemacht und es war eine tolle Solidarität untereinander. Die brauchen wir auch weiterhin, um gegen die Massenentlassungen in den Großkonzernen und die Angriffe auf die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst erfolgreich zu kämpfen. Denn neben der Liberalisierung der Dienstleistungen stehen weitere gigantische Angriffe von Kapital und Regierungen auf die soziale Sicherung von Beschäftigten und Arbeitslosen, von ImmigrantInnen, von Männern und Frauen, Alt und Jung an. Nur gemeinsam haben wir gegen diese ökonomischen und politischen Angriffe eine Chance, nur gemeinsam und international können wir sie abwehren.

Wir hoffen, in Straßburg dazu ein wichtiges Zeichen gesetzt zu haben.

Mit solidarischen Grüßen

Waltraud Andruet

Bild: Waldtraud Andruet

Workshop politisches Großpuppentheater

28.-30. APRIL 2006 IN BONN
mit Marc Ammann (Hrsg. des Straßenprotesthandbuches „go.stop.act“)
Ort: Bonn (genauerer Ort wird noch bekannt gegeben.)
Kosten: keine

Im Sommer 2007 findet der G8-Gipfel in Deutschland statt. Diese Chance nutzt das Aktionsbündnis Gerechtigkeit jetzt! mit vielen Unterstützergruppen und interessierten Einzelnen: Mit einfallsreichen und vielfältigen Aktivitäten engagieren wir uns deutschlandweit vom 13. Mai 2006 bis zum Gipfel 2007 für mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Wir wollen die Öffentlichkeit und die Medien auf die Missstände und auf bessere Alternativen aufmerksam machen (mehr dazu www.gerechtigkeit-jetzt.de).

Dafür eignen sich Großpuppen hervorragend. Sie sind bunt, groß,frech und fallen auf, sie machen Passanten und Medien neugierig, können starke Botschaften plastisch vermitteln und auch sehr wichtig: Es macht Spaß sie zu bauen und damit auf die Straße zu gehen. Auch in anderen Ländern werden die Großpuppen aus Pappmaché erfolgreich für den kreativen Straßenprotest eingesetzt (unter www.puppetista.org [1] findet ihr viele Fotos von Großpuppen auf Demos in den USA).

Etwas für alle, die Lust haben mit ein paar Leuten politische Ideenkreativ auf der Straße umzusetzen und etwas für alle die Spaß daran haben handwerklich aktiv zu sein oder Figuren- und Theaterideen zu spinnen. In dem Workshop lernt ihr den Weg von der Idee einer Großpuppe bis zur Straßenaktion kennen. Wir: spinnen Puppenideen zum Thema Welthandel, bauen 2-3 Großpuppen und entwickeln eine Theateridee für die Straße.

Schön wäre es, wenn die Bonner/Kölner TeilnehmerInnen sich auch den 13. Mai für die Umsetzung der Aktion in Köln freihalten. An diesem Tag wollen wir auf einem zentralen Platz in Köln eine weitere Puppe öffentlich bauen (mit Musik und Informationen), unsere Theateraktion umsetzen und mit einem kleinen Demozug mit den gebauten Puppen das Aktionsjahr bis zum G8-Gipfel eröffnen.

Wir freuen uns darauf gemeinsam aktiv zu werden und darauf viele Großpuppen im Vorfeld und während des G8-Gipfels in Heiligendamm zu sehen!

Anmeldungen bitte bei: Nina Sachau, sachau@gerechtigkeit-jetzt.de [2] oder 0228/3681010

April

31.3.- 1.4. 2006 in der DGB-Bildungsstätte Hattingen.

Aktionstreffen CCC

„10 Jahre CCC - und kein bisschen leise“

1.4.06, Region Rhein-Hunsrück-Nahe

Bolivien-Kleidersammlung des BDKJ

4.04.06, 20h, Weltladen Trier

Polittalk im Weltladen zu brit. Atomwaffengegner

4.4.06, 9.30-16.30h, Medienladen Koblenz, Kurt-Esser-Haus

Passt Gott in die Verfassung der EU?

Workshop mit Prof. Dr. Ulrich Duchrow

Infos und Anmeldung: Ev. Schulreferat, Dr. Rainer Möller, E-Mail: ev.schulreferat@kirchenkreis-koblenz.de

---

24.4.06, Ev. Schulreferat Koblenz, Mainzer Str. 81

AK Theologie und Politik

Infos: Netzbüro

Mai

2.05.06, 20h, Weltladen Trier

Polittalk im Weltladen zu Du bist Deutschland

4.-7.5.06, Athen

Europäisches Sozialforum

08.05.06, 17h, Haus Fetzenreich, Sichelstr. 36, Trier,

Stadtrundgang „Trier in der NS-Zeit“ Treffpunkt: Gedenktafel

Infos: www.stattFuehrer.de

10.05. -14.06. Projektwochen zur Gewaltprävention

13.5.06, Region Trier und Westeifel

Bolivien-Kleidersammlung des BDKJ

15.5.06, Ev. Schulreferat Koblenz, Mainzer Str. 81

AK Theologie und Politik

Infos: Netzbüro

19.5.06

Bundesweiter Aktionstag der Kampagne für Saubere Kleidung im Vorfeld der Fußball-WM

24.-28.5., Saarbrücken

Katholikentag „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“

Juni

3.-5.6.06, Haus Wasserburg / Vallendar

EIRENE Pfingstreffen

„Langzeitwirkung von Freiwilligendiensten - EIRENE-Freiwillige als EntwicklungshelferInnen zu Hause?“

Infos: www.eirene.org

15./16. Juni 2006 Neuwied

Kampagne „Von Armut bis Zucker“

Eine bundesweite Informationstour durch deutsche Städte

Veranstalter in Neuwied: agl, ELAN e.V. in Kooperation mit Eirene e.V., Weltladen Neuwied

---

19.6.06, Ev. Schulreferat Koblenz, Mainzer Str. 81

AK Theologie und Politik

Infos: Netzbüro

22.6.06, 20h, KHG, Rheinau Koblenz

Blutdiamanten - Wie Edelsteine Kriege finanzieren.

Referentin: Frauke Banze / Medico International Frankfurt

Veranstalter: KHG Koblenz

23.-25.6.06, Marienburg Bullay

Diözesanversammlung des BDKJ

Estela: Informationen aus erster Hand

Estela hat jahrelang in der Fabrik Hermosa in El Salvador für Weltkonzerne wie adidas geschuftet, als sie zusammen mit anderen KollegInnen eine Gewerkschaft gründete, wurde sie entlassen. Seit nun fast einem Jahr kämpft sie zusammen mit ihren ehemaligen KollegInnen für ihr Recht. Die Christliche Initiative Romero (CIR) hat Estela nun nach Deutschland eingeladen, damit sie aus erster Hand über die skandalöse Situation in El Salvador informiert.

Veranstaltungen mit Estela:

14.5. Münster;
15.5. Dortmund;
16.5. Hamburg;
17.5. Hannover;
18.5. Köln;
19.5. Pressegespräch Köln; Aachen;
20.5. Weilheim;
21.5. Passau;
22.5. Nürnberg;
23.5. Alsfeld;
24.5. Heidelberg;
25.5. Reutlingen;
26.5. Frankfurt;
27.5. Berlin.

Kampagne für saubere Kleidu